

Bericht des Gemeinderats

Postulat Natalie Imboden (GB)/Simon Röthlisberger (JA!) vom 16. September 2004: Welche Politik für Familien in der Stadt Bern? Ein Familienbericht mit Strategien und Massnahmen ist notwendig (04.000482)

In der Stadtratsitzung vom 26. Mai 2005 wurde das folgende Postulat Imboden/Röthlisberger erheblich erklärt:

In der Stadt Bern leben knapp 13'000 Familien mit Kindern. Somit leben heute in jedem fünften Haushalt Kinder. Bundesrat Couchepin hat jüngst den Familienbericht 2004 der Öffentlichkeit vorgestellt (Familienbericht 2004. Strukturelle Anforderungen an eine bedürfnisgerechte Familienpolitik, Bundesamt für Sozialversicherungen, Eidg. Departement des Innern [Hrsg.] 2004). Darin ist neben einem ausführlichen und interessanten statistischen Teil über die Situation von Familien in der Schweiz ausgeführt, dass in der Familienpolitik der Schweiz die Kantone und Gemeinden über weit reichende Kompetenzen verfügen, der Bund hingegen insbesondere im Bereich der Sozialversicherungen (u.a. Kinderzulagen, Erwerbsersatz bei Mutterschaft) aktiv ist. Ein spezielles Kapitel im Bericht zur Rolle der Gemeinden zeigt deren breiten und unterschiedlich genutzten Handlungsspielraum auf. Die kommunalen Massnahmen reichen von gezielter Wohnbauförderung für Familien in der Stadt Zürich, Zusatzleistungen an Familien und Alleinerziehenden in finanziell bescheidenen Verhältnissen (Stadt Luzern), kommunale Unterstützungen in der Form von Wohnungsbeihilfen (Lausanne und Lugano) bis zur familienergänzenden Kinderbetreuung. Die Intensität und Schwerpunkte der kommunalen Politik(en) für Familien kennen unterschiedliche Ausprägungen, je nach ökonomischem Kontext, politisch-kulturellen Prägungen und gesellschaftspolitischer Ausrichtung der kommunalen Politik. Zentrale Erkenntnisse des Berichts, die auf nationaler Ebene gelten, dürften auch für die Stadt Bern zutreffen:

Familien haben ein überdurchschnittliches Armutrisiko. Dies gilt insbesondere für Alleinerziehende (23%) und für Paare mit zwei und mehr Kindern (20%).

Jede dritte Familie in der Schweiz ist eine Familie mit Migrationshintergrund.

Obwohl insbesondere die ökonomische Situation von Familien stark vom jeweiligen kantonalen Steuer- und Familienzulagensystem abhängig ist, haben die Gemeinden beträchtlichen Handlungsspielraum.

Interessante Informationen über die Bedürfnisse von Familien in Bern bringt der neue Lebensqualitätsbericht 2003 (Lebensqualität in der Stadt Bern, Mai 2004, Gemeinderat/Direktion für Bildung, Umwelt und Integration [Hrsg.]). So ist in Bern die Zufriedenheit mit dem Wohnumfeld bei Familien mit Kleinkindern deutlich geringer als bei Haushalten ohne Kinder (Lebensqualitätsbericht, S. 17-18). Die Zufriedenheit mit der Verfügbarkeit und Nähe von Kinderbetreuung hat gegenüber 1999 sogar abgenommen. Von den Familien mit Kleinkindern sind 63% (gegenüber 50% 1999) unzufrieden, von den Eltern mit Kindern aller Altersstufen 42% (1999: 31%). Dieses Ergebnis erstaunt wenig, da die Warteliste im Frühjahr 2004 immer noch rund 750 Kinder umfasst (KITA: 593; Tagesstätte: 128, Tagesschule 30).

Die Stadt Bern ist auf verschiedenen Ebenen aktiv (Ausbau der Kinderbetreuungsstrukturen, Kinderkonzept, Integrationsprojekte für Familien etc.). Der Handlungsbedarf

für Familien ist weiterhin gross und eine vertiefte Auslegeordnung macht Sinn bevor weitere Schritte ergriffen werden.

Wir bitten daher den Gemeinderat zur prüfen, einen städtischen Familienbericht zu verfassen, welcher

1. die bisherigen statistischen quantitativen und qualitativen Daten zur Situation von Familien in Bern analysiert und allenfalls wo notwendig ergänzt
2. eine Auslegeordnung und Bilanz der bisherigen familienrelevanten städtischen Politik macht
3. eine über die einzelnen Direktionen hinweg querschnittsorientierte Strategie verfasst und gestützt darauf gezielt prioritäre Massnahmen vorschlägt.

Dabei sind folgende Schwerpunkte zu beachten: Situation Alleinerziehender, Situation von Familien mit Migrationshintergrund, moderner, offener Familienbegriff, aktive Förderung einer gleichstellungsorientierten und frauenverträglichen Familienpolitik.

Bern, 16. September 2004

Postulat Natalie Imboden (GPB), Simon Röthlisberger (JA!), Catherine Weber, Doris Schneider, Daniele Jenni, Martina Dvoracek, Michael Jordi, Annemarie Sancar-Flückiger

Bericht des Gemeinderats

Der Gemeinderat befürwortet die Erstellung eines Familienberichts in der vom Postulat Imboden / Röthlisberger vorgeschlagenen Form für die Stadt Bern. Folgende Überlegungen sprechen dafür:

Aktuelles Umfeld

Familienpolitische Anliegen haben in den letzten Jahren an Bedeutung gewonnen. Die Auswirkungen von tiefen Geburtenraten und steigender Lebenserwartung auf Sozialversicherungen und Wirtschaft haben Familienpolitik endgültig wieder ins Zentrum der gesellschaftspolitischen Aufmerksamkeit gerückt. Parallel zur demografischen Entwicklung haben sich auch die Form der Familie, deren Dauer und Verbindlichkeit und die Haushaltstruktur tief greifend verändert. Es kann nicht mehr vom traditionellen Bild einer Kernfamilie mit zwei Erwachsenen und zwei Kindern ausgegangen werden. Die Bedeutung des Begriffes Familie hat sich geändert. Familie ist heute zu verstehen als eine in den Beziehungen zwischen Eltern oder Elternteil und Kindern begründete soziale Gruppe – mit oder ohne gemeinsamen Haushalt. Neben Kernfamilien und anderen traditionellen Familiensystemen gibt es die Einelternfamilie, die Adoptivfamilie, die Pflegefamilie oder die Stief- und Patchworkfamilien um nur einige Familientypen zu nennen. Sehr unterschiedlich sind heute auch die Bedeutung und die mit der Familie verbundenen Werte auch geprägt durch die kulturelle Herkunft sowie das Familienleben in unterschiedlichen sozialen Verhältnissen.

Mit der Form der Familie verändert sich auch ihre innere Dynamik und ihr Verhältnis zur Arbeitswelt. Familie und Beruf zu vereinbaren ist weder im Alltag noch im Lebenslauf ihrer Mitglieder einfacher geworden. Im Familienalltag haben sich Frauen und Männer mit neuen Rollen und Erwartungen sowie einer anspruchsvollen Zeitökonomie zurechtzufinden, während im Erwerbsleben die Anforderungen infolge des wirtschaftlichen

Strukturwandels und des angespannten Arbeitsmarktes generell gestiegen sind. Das Familienleben mit Kindern und Jugendlichen und die Erfordernisse von Berufslaufbahn und Weiterbildung der Eltern sind ebenfalls nicht leicht in Übereinstimmung zu bringen. Der Druck auf Familien, insbesondere auch der finanzielle, ist gestiegen. Diese Entwicklung prägt die gesellschaftspolitische Agenda auf allen Ebenen des staatlichen Gemeinwesens. Mehr Rücksicht auf Familien ist gefordert: Familienergänzende Kinderbetreuung und Blockzeiten in den Kindergärten und Schulen aber auch der Ruf nach mehr Teilzeitstellen und einer generell familienfreundlicheren Arbeits- und Lebenswelt sind Beispiele dafür.

Mit diesen Themen befasst sich denn auch der im Postulat erwähnte Familienbericht 2004 des Bundes¹ und fordert eine bedürfnisgerechte Familienpolitik. Bund und Kantone setzen sich gemäss Artikel 41 der Bundesverfassung dafür ein, dass Familien als Gemeinschaften von Erwachsenen und Kindern geschützt und gefördert werden. Der Bericht stellt dabei fest, dass im Rahmen der föderalistischen Kompetenzaufteilung die Kantone und Gemeinden einen erheblichen Handlungsspielraum in der Ausgestaltung ihrer Familienpolitik haben.

Familienpolitische Impulse gehen auch von der Wirtschaft aus, welche frühzeitig auf die in der demografischen Entwicklung angelegte Beeinträchtigung der wirtschaftlichen Entwicklung warnt. Hier steht vor allem die Verbesserung des Returns auf Ausbildungs-Investitionen und die Erhöhung der Erwerbsquote der Frauen im Vordergrund. Neben der öffentlichen Hand und der Wirtschaft befassen sich auch kirchliche und soziale Organisationen mit familienpolitischen Anliegen.

Familienpolitik widerspiegelt in ihren zentralen Konzepten die Entwicklung des gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Umfeldes der Familien. Neben die Familienpolitik als Sozial- bzw. Armutspolitik trat in den letzten Jahrzehnten stärker der Aspekt der Gleichstellung und der Chancengleichheit von Frauen und Männern. Ein Blick ins benachbarte Ausland und damit in die EU zeigt, dass moderne Familienpolitik weiter geht. Neben den genannten Leitmotiven (policy cores) der Armutsbekämpfung und der Gleichstellung ist ein wachsendes Interesse an den Kernaufgaben und den Leistungen von Familien für die Gesellschaft festzustellen. Fürsorge, Sozialisation, Ökonomie, Partizipation usw. sind wichtige gemeinsame Güter. Diese zu erhalten und zu schützen und so der Gefahr eines „Fürsorgedefizits“ zu begegnen ist beispielsweise das Anliegen des letzten Familienberichtes der deutschen Bundesregierung².

Die Situation darf allerdings auch nicht dramatisiert werden. Wandel der Familienformen, tiefe Geburtenraten und hohe Scheidungsziffern hat es in Zeiten des schnellen und tief greifenden gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Wandels auch in der Vergangenheit gegeben. Es ist damit zu rechnen, dass sich nach einer Phase der Anpassung an neue gesellschaftliche und wirtschaftliche Verhältnisse wieder stabilere Formen und Gleichgewichtslagen für das Leben in Familien finden lassen. Familienpolitik trägt dazu bei, den Übergang zu erleichtern.

¹ Familienbericht 2004, Strukturelle Anforderungen an eine bedürfnisgerechte Familienpolitik, Eidg. Departement des Innern, Bern, 2004

² Familie zwischen Flexibilität und Verlässlichkeit – Perspektiven für eine Lebenslaufbezogene Familienpolitik; Siebter Familienbericht des deutschen Bundesministeriums für Familien, Senioren, Frauen und Jugend, 2005

Familienpolitik interveniert auf mehreren Ebenen

- **Ökonomische Interventionen:** Bund und Kantone unterstützen Familien durch Kinder- und Familienzulagen, Familienbesteuerung, Ergänzungsleistungen, bedarfsbezogene und weitere materielle Leistungen sowie rechtliche Statusregelungen. Wir unterscheiden den horizontalen Ausgleich der Leistungen von Familien durch die Gesellschaft und den vertikalen Lastenausgleich zugunsten von armen Familien.
- **Sozialökologische Interventionen** von Kantonen und Gemeinden ergänzen die Leistungen der Familie. Dazu gehören die familienergänzende Kinderbetreuung und Massnahmen zur Verbesserung der Familienverträglichkeit von Arbeitswelt, Schul- und Bildungssystem sowie familiengerechter Wohnungsbau und die Wohnumfeldgestaltung.
- **Pädagogische Interventionen:** Präventive Familienarbeit in der Form von familien-spezifischer Bildungsarbeit (z.B. Elternbildung und Beratungs-, Unterstützungs- sowie Integrationsangebote) interveniert pädagogisch und wird von Kantonen und Gemeinden sowie von privaten Organisationen geleistet. Nach Volksschulgesetz des Kantons Bern (VSG; BSG 432.210) ist die Unterstützung der Familie in der Erziehung ihrer Kinder eine Aufgabe der Volksschule (Art. 2 Abs. 1 VSG).
- **Familieninterne Interventionen:** In Konflikt- und Krisensituationen intervenieren Kanton und Gemeinde notfalls familienintern, sichern den Kinderschutz und reagieren auf Gewalt in Familien. Ambulante und Stationäre Jugendhilfe, Opferhilfe, Adoption sowie Pflegeverhältnisse gehören zu diesem Themenbereich.

Ein Familienbericht zeigt auf, welche Interventionsformen für die Stadt Bern sinnvoll, nötig und möglich sind.

Kantone, Gemeinden und Städte systematisieren ihre Familienpolitik

Dem Beispiel und der Empfehlung des Bundes folgend haben zahlreiche Kantone, Gemeinden und auch Städte eigene Familienberichte erstellt und familienpolitische Strategien entwickelt oder sind dabei solche zu erarbeiten. So etwa Aargau, Appenzell-Aussenroden, beide Basel, Luzern, Ob- und Nidwalden, St. Gallen, Uri, Waadt, Schwyz, Tessin, Solothurn, Zürich, Zug bzw. einzelne Städte Genf, Lausanne, Luzern. Auch einzelne Gemeinden z.B. Riehen, Steffisburg, Baar, Thayngen usw. überprüfen ihre familienpolitische Praxis und ihre Optionen. Die Zentralschweizer Kantone haben einen Leit-faden für Gemeinden zur Förderung ihrer Familienfreundlichkeit herausgegeben.

Auch die Verfassung des Kantons Bern formuliert familienpolitische Ziele. Art. 30 sieht vor, dass geeignete Bedingungen für die Betreuung von Kindern geschaffen und die Familien in der Erfüllung ihrer Aufgaben unterstützt werden. Der Kanton Bern verfügt allerdings im Gegensatz zu anderen Kantonen nicht über eine eigentliche Familien-gesetzgebung und hat kürzlich sogar auf die Entwicklung eines Familienleitbildes verzichtet. Er begrüsst aber entsprechende Aktivitäten auf Gemeindeebene. Die Stadt Bern ist seit vielen Jahren in verschiedenen familienpolitisch relevanten Bereichen sehr aktiv. So beispielsweise in der familienergänzenden Kinderbetreuung, in der Stadtentwicklung, in der Bildungspolitik und der Gesundheitsförderung, in der Kinder- und Jugend-politik sowie in der Alters-, in der Gleichstellungs- und der Integrationspolitik. Diese Aufzählung zeigt, dass Familienpolitik nicht einseitig dem Sozialwesen zugeordnet werden kann, sondern eine vielseitig vernetzte Aufgabe ist. Ein Familienbericht als famili-enpolitische Gesamtschau stellt das in den unterschiedlichen Tätigkeitsfeldern Erreichte

in den Gesamtzusammenhang, erlaubt den Vergleich mit anderen Städten, zeigt Lücken auf und gibt die Richtung an für die künftige Gestaltung.

Die Leistungen von Familien anerkennen

Die Bedeutung der Familie als gesellschaftlicher und wirtschaftlicher Erfolgsfaktor ist noch zu wenig erkannt. Was Familien in ihren verschiedenen Formen leisten, kommt nicht nur ihnen selber zugute, sondern schafft gemeinsame Güter für alle Bereiche des sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Lebens. Im Vordergrund stehen naturgemäß die materielle Versorgung ihrer Mitglieder, die Pflege und die Fürsorge für die Nachkommen, für ihre Kinder und Jugendlichen. Das für die Bewältigung des Lebens notwendige Wissen, die dazugehörenden Fähigkeiten, Fertigkeiten und Werte im Sinne von umfassender Daseinskompetenz werden in Familien vermittelt und weitergegeben – oder eben nicht. Familien sichern das Wohl und die Regeneration ihrer Mitglieder, bieten Geborgenheit und emotionalen Halt. Sie pflegen Beziehungen auch zur älteren Generation und leisten Fürsorge auch für Alte und Kranke.

Familienhaushalte sind als Nachfrager auf den Konsumgüter- und Dienstleistungsmärkten und als Anbieter auf den Faktormärkten (Arbeitskräfte) ein wichtiger Pol im Wirtschaftskreislauf. Ihr Wohlergehen ist Ziel und Voraussetzung für eine ausgeglichene wirtschaftliche Entwicklung. Familien partizipieren in Nachbarschaften, Quartieren und Schulkreisen; sie sind eingebunden in Netzwerke der Nachbarschaftshilfe und der Freiwilligenarbeit und wirken mit in Projekten und Programmen der öffentlichen Hand. Nach einer Phase des Bedeutungsverlustes hauswirtschaftlicher Tätigkeiten werden heute auch die Leistungen von Familienhaushalten für Prävention, Gesundheit und Ökologie wieder vermehrt honoriert.

Tief verankert ist allerdings immer noch die falsche Annahme, dass Leistungen von Familien natürliche d.h. unbegrenzte und damit auch kostenlose Güter sind. Das mag damit zu tun haben, dass ihre Grundlagen fast vollständig im privaten Sektor entstehen. Erst wenn sie ungenügend sind oder ausbleiben, wird die Bedeutung familialer Leistungen sichtbar – gleichzeitig mit den enormen Kosten, die entstehen, wenn sie ergänzt oder gar kompensiert werden müssen und mit der Einbusse an örtlicher Lebensqualität. Das trifft Städte und Stadtteile häufig schnell und empfindlich.

Diese Fehleinschätzung dürfte der Grund dafür sein, dass zwischen den Investitionen und Leistungen der Familien und ihrer Unterstützung durch den vertikalen Leistungsausgleich nach wie vor ein enormes strukturelles Ungleichgewicht besteht. Der vertikale Leistungsausgleich für Familien funktioniert noch nicht. Im Gegenteil: Vor allem Familien mit mittleren und höheren Einkommen werden durch die Steuergesetze vieler Kantone und durch einkommensabhängige Tarife beispielsweise bei der Kinderbetreuung belastet.

Die Leistungen von Familien gezielt fördern und ergänzen

Familienpolitik kann die Leistungen von Familien nicht ersetzen. Sie richtet sich deshalb nicht auf diese Leistungen selber aus, sondern will die Voraussetzungen verbessern,

welche Familien brauchen, um diese verlässlich und flexibel zu erbringen. Familienpolitik steht nicht in Konkurrenz zum Handeln von Eltern und familiären Bezugspersonen.

Wie oben erwähnt, stehen auch Familien mit guten materiellen und sozialen Bedingungen heute unter Druck. Familien- und Erwerbsarbeit, neue Rollenmuster und die Zeitpläne aller Familienmitglieder sind im Alltag unter einen Hut zu bringen. Es drohen Verzögerungen und Hindernisse für die berufliche Entwicklung vor allem auch für die Mütter. Es geht hier um ein Gleichgewicht in der Zeitökonomie im Familienalltag und um die Balance zwischen Familie und Beruf im Lebenslauf.

Ein bedürfnisgerechtes Angebot an familienergänzender Kinderbetreuung in Kindertagesstätten (Kita) und Tagesstätten für Schulkinder (Tagi) usw. sowie die Einführung von Blockzeiten in den Schulen und von Tagesschulen vermindern diese Spannungen und tragen dazu bei, dass sich neue Gleichgewichtslagen bilden können. Die Wartezeiten für einen Platz in der Kinderbetreuung haben sich in der Stadt Bern reduziert. Auch durch die Einführung von Tagesschulen und Blockzeiten in Schulen ist hier schon viel erreicht worden. Wichtig ist in diesem Zusammenhang die gute Information der Familien über die bestehenden Angebote und den Zugang dazu.

Zur gezielten Förderung von Familien gehört auch ein ausgebautenes Beratungs- und Unterstützungsangebot für besondere Situationen. Konflikte, Trennungen oder Scheidungen erfordern manchmal situationsgerechte und effektive familieninterne Interventionen oder notfalls behördliche Massnahmen. Besondere Anforderungen ergeben sich aus der Verantwortung für behinderte und chronisch kranke Familienangehörige. Integrationsangebote und der Aufbau von Netzwerken in Quartieren und Nachbarschaften fördern die Partizipation sowie Kontakte zwischen Generationen und sozialen Milieus und können in besonderen Situationen stützend wirken. Familien ausländischer Nationalität im Zwiespalt zwischen Herkunft und Integration verdienen in diesem Zusammenhang besondere Aufmerksamkeit und benötigen spezifische Angebote.

Familienarmut erfolgreich bekämpfen

Materielle Schwierigkeiten sind häufig der Ursprung ungenügender familialer Leistungen und beeinträchtigen ihrerseits wieder die Erwerbsfähigkeit. Die Sozialstatistik zeigt, dass das Armutrisiko von Familien mit der Kinderzahl zunimmt. Die Ursachen sind vielfältig. Zu nennen sind etwa hohe Kinder- und übrige Lebenshaltungskosten, Mangel an familienergänzenden Betreuungsplätzen, eine zunehmende Anzahl von Alleinerziehenden, das knappe Angebot an Teilzeitstellen und teilweise tiefe, auch bei voller Erwerbstätigkeit zur Deckung des Lebensunterhaltes nicht ausreichende Löhne. Erwerbslosigkeit verschlimmert häufig die Lage zusätzlich.

Im besten Fall, beispielsweise bei jungen Familien, hat Familienarmut vorübergehenden Charakter und kann mit Einschränkungen und Hilfe während der Kinderphase überbrückt werden. Häufig greift Familienarmut über Bildungsdefizite und Integrationsprobleme allerdings auch auf die nachfolgende Generation über und führt zu einer chronischen strukturellen Belastung des Sozialwesens und der Lebensqualität der Betroffenen und ihrer Umgebung.

Eine effektive d.h. auf die Wiedergewinnung wirtschaftlicher Selbständigkeit ausgerichtete Sozialhilfe und gezielte Integrationsmassnahmen für Kinder und Jugendliche aus benachteiligten Familien beugen solchen Entwicklungen vor. Besondere Aufmerksamkeit ist dabei ausländischen Familien mit Migrationshintergrund zu widmen, die häufig durch Sprache, Bildung und Kultur oder durch ihren Niederlassungsstatus bei ihrer Integration und am Arbeitsmarkt benachteiligt sind.

Die Reduktion des Armutsrisikos für Familien gehört zu den traditionellen Aufgaben der Familien- und Sozialpolitik. Die materiellen Leistungen sind aber immer durch flankierende Massnahmen (Beratung, Kinderbetreuung usw.) zu ergänzen, welche laufend an die aktuellen Problemstellungen angepasst und vor allem in Städten angeboten werden.

Bern als Familienstadt bekannt machen

Wie oben dargestellt gehen die Leistungen der Familien für das Gemeinwesen weit über die Funktion als Nachwuchs Produzierende und Steuern Zahlende hinaus. Ein Familienbericht für die Stadt Bern wird aber auch aufzeigen, wie viel die Stadt Bern ihren Familien bietet: Ein leistungsfähiges Angebot der familienergänzenden Kinderbetreuung und eine gute Volksschule mit Ergänzungsangeboten wie beispielsweise die Schulsozialarbeit, flächendeckende Tagesschulen sowie ein ausserordentlich breit gefächertes Bildungsangebot auf der Sekundär- und Tertiärstufe machen Bern für Eltern mit Kindern und Jugendlichen jeden Alters höchst attraktiv. Dazu kommen die Förderung von Kindern und Jugendlichen in der Freizeit und während den Schulferien, Sportangebote und weit fortgeschrittene Einrichtungen für die Partizipation von Kindern und Jugendlichen. Auch die Stadtentwicklung kümmert sich seit vielen Jahren durch Quartierplanung, Wohnbauförderung und Wohnumfeldverbesserung in den Quartieren mit Spielplätzen und Naherholungsgebieten sehr aktiv um das Wohl der Familien. Die Stadt Bern erhebt zudem mit Einwohnerbefragungen regelmässig die Bedürfnisse und Sorgen auch von Familien und berücksichtigt die Ergebnisse in ihrer Entwicklung.

Ziele eines Familienberichts

Ein Familienbericht

- ▶ zeigt die Struktur und die Lage der Familien in der Stadt Bern und schafft die Grundlage für eine bedürfnisgerechte städtische Familienpolitik zur Erhaltung und Förderung der Leistungen von Familien;
- ▶ untersucht die heutigen familienpolitischen Aktivitäten und Einrichtungen der Stadt Bern auf ihre Effizienz und Effektivität hin. Er benennt Stärken und Schwächen und schlägt Massnahmen vor;
- ▶ trägt dazu bei, Armutsrisiken für Familien, ihre Kinder und damit für das Gemeinwesen frühzeitig zu erkennen, zu verringern oder zu beseitigen;
- ▶ zeigt die Vernetzung zwischen den verschiedenen Tätigkeitsfeldern und Agierenden der Familienpolitik in der Stadt und Region Bern und macht Vorschläge für die Verbesserung der Koordination und Zusammenarbeit;

- ▶ informiert die Öffentlichkeit über die aktuelle Situation von Familien, macht die Bedeutung der Familie bewusst und orientiert die Bevölkerung über die spezifischen Belange der Familienpolitik und deren Umsetzung;
- ▶ unterstützt die Stadt im Bestreben, ihre familienpolitischen Anliegen bei Kanton und Bund zu vertreten und durchzusetzen, so etwa zur Sicherstellung der Verbundfinanzierung von städtischen familienbezogenen Einrichtungen. In diesen Zusammenhang gehört auch das familienpolitische Lobbying der Stadt Bern für eine gerechtere Entschädigung familialer Leistungen über Steuern, Kinderzulagen, Ergänzungsleistungen usw. bei Bund und Kanton;
- ▶ trägt dazu bei, die Standortvorteile der Stadt Bern für Familien bekannt zu machen und damit eine günstige demografische Entwicklung infolge Zuzug von Familien und Familiengründungen zu fördern.

Was beinhaltet ein Familienbericht?

In Übereinstimmung mit den Anliegen des Postulats könnte ein Familienbericht inhaltlich wie folgt aufgebaut sein:

Aktuelle Struktur und Lage der Familien in der Stadt Bern

- Haushaltstrukturen und Familienformen
 - Familienstrukturen
 - Geburt und Ehe, Kinderzahl
 - Scheidung der Eltern
 - Familie und Migration
- Finanzielle Situation der Familie
 - Finanzielle Ressourcen und Familienarmut
 - Haushaltsausgaben und Kinderkosten
 - Familienzulagen und Steuerabzüge
- Erwerbsarbeit, Haus- und Familienarbeit
 - Erwerbsbeteiligung von Frauen
 - Aufteilung der Erwerbs-, Haus- und Familienarbeit
 - Erwerbslosigkeit und Unterbeschäftigung
- Lebenssituation von Familien
 - Zusammenleben in der Familie: Zufriedenheit, Konflikte, Erziehungsfragen
 - Familiäres Umfeld und Schulleistungen
 - Wohnumfeld

Angebot und Kapazität familienorientierter Leistungen der Stadt Bern

- Bedarfsleistungen an Familien mit kleinem Einkommen
 - Sozialhilfe
 - Alimentenbevorschussung
 - Zusatzleistungen
- Angebote für Familien mit höheren Einkommen
- Familienergänzende Angebote
 - Familienergänzende Kinderbetreuung: Kita, Tagi, Tageseltern
 - Ferieninseln
 - Tagesschulen, Blockzeiten in Schulen

- Kinder- und Jugendförderung
 - Offene Kinder- und Jugendarbeit
 - Partizipationsangebote
 - Ferien- und Freizeitangebote
- Kinderschutz und Jugendhilfe
 - Kinderschutz: Beratungsstellen Jugendamt, EKS
 - Jugendhilfe: Sozialdienste, Beratungsstellen Jugendamt, Stationäre Jugendhilfe
 - Schulärztliche und schulzahnärztliche Untersuchungen
- Informations- und Beratungsangebote
 - info jugendamt
 - Beratungsstellen Jugendamt
 - schulische Unterstützung (Beratung, besondere Fördermassnahmen, Aufgabenhilfe)
 - Schulsozialarbeit
 - von der Stadt unterstützte Beratungsangebote
- Integrationsangebote
 - für ausländische Eltern
 - für ausländische Kinder und Jugendliche
 - der Gemeinwesenarbeit und in Quartieren
- Wohnbau und Wohnumfeldverbesserung
- Stadt Bern als familienpolitisch fortschrittliche Arbeitgeberin.
- Familienpolitische Aktivitäten und Einrichtungen von Kirchen, privaten Organisationen und von der Wirtschaft

Stärken und Schwächen der Familienpolitik der Stadt Bern: Evaluation und Massnahmen

Die Gegenüberstellung der aktuellen Struktur und Lage der Familien und des Angebots an familienorientierten Leistungen der Stadt Bern würde eine Beurteilung der städtischen Familienpolitik ermöglichen. Mit Blick auf die konkreten Bedürfnisse von Familien wird eine strukturierte Evaluation anhand folgender Familien-Themen bzw. -Phasen empfohlen:

- Familiengründung
- Familien mit kleinen Kindern
- Familien mit Jugendlichen
- Familien im Mehrgenerationenverbund
- Familien in besonderen Situationen.

Aus der Evaluation wird ein Massnahmenkatalog mit Vorschlägen abzuleiten sein.

Weiteres Vorgehen

Der Gemeinderat ist bereit, die Direktion für Bildung, Soziales und Sport mit der Erstellung eines Familienberichts zu beauftragen. Erst nach dem Vorliegen des Berichts im Verlauf des Jahrs 2007 wird der Gemeinderat über die Erstellung einer familienpolitischen Strategie und die Festlegung von Massnahmen befinden.

Die Erstellung des Familienberichts wird extern in Auftrag gegeben. Die Arbeit wird jedoch in engster Zusammenarbeit mit der Verwaltung erfolgen und durch eine Gruppe von Fachpersonen aus den beteiligten Verwaltungszweigen Soziales, Bildung, Jugend, Gesundheit, Gleichstellung, Statistik, Stadtentwicklung sowie von Vertreterinnen und Vertretern privater Organisationen und der Wirtschaft begleitet.

Für die externe Unterstützung ist mit einem Aufwand von Fr. 45 000.00 zu rechnen.

Bern, 5. Juli 2006

Der Gemeinderat